

Beschluss des Landrats vom 08.02.2024

Nr. 415

4. Überprüfung der Eigentümerstrategien für 7 Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft

2023/699; Protokoll: gs

Nach dem Gesetz über die Beteiligungen muss für jede Beteiligung eine langfristig ausgerichtete Eigentümerstrategie vorliegen, sagt Kommissionspräsident **Florian Spiegel** (SVP). Diese muss alle vier Jahre überprüft werden. Der Landrat übt die Oberaufsicht über die Beteiligungen aus und nimmt die Eigentümerstrategien zur Kenntnis, sofern er sie nicht mit 2/3-Mehrheit und konkreten Anträgen an den Regierungsrat zurückweist.

Ende März 2019 hat der Regierungsrat eine weitreichende Überprüfung der Eigentümerstrategien der 30 kantonalen Beteiligungen angestossen. Mit der vorliegenden Vorlage bringt der Regierungsrat dem Landrat die Eigentümerstrategien der verbleibenden sieben Beteiligungen zur Kenntnis: Schweizerische Rheinhäfen, Universitäts-Kinderspital beider Basel, ARA Rhein AG, Hardwasser AG, Kraftwerk Augst AG, ProRheno AG und Wasserversorgung Waldenburgertal AG. Damit wird die Überprüfung der Eigentümerstrategien der Beteiligungen weitgehend abgeschlossen und in einen ordentlichen Überprüfungsprozess überführt, der für einen grossen Teil der Beteiligungen bereits im laufenden Jahr beginnt.

Eintreten war in der Finanzkommission unbestritten. In allgemeiner Hinsicht hat die Kommission den konsequenten und einheitlichen Umgang des Kantons mit seinen Beteiligungen im Rahmen der Eigentümerstrategien gelobt. Die strategische Flughöhe sei richtig und sie würden ein gutes Monitoring und eine gewisse Kontrolle über die Tätigkeiten der Beteiligungen ermöglichen. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass die Beteiligungen die verlangten Informationen von sich aus an den Kanton abgeben müssten. Die Direktion hat dazu den institutionalisierten Prozess der Eigentümergespräche aufgezeigt. Die Beteiligungen würden dem Kanton dabei anhand eines Controlling-Rasters über die Einhaltung der Eigentümerstrategie berichten. Die sieben angepassten Eigentümerstrategien aus der Sammelvorlage wurden in der Kommission allesamt gut aufgenommen. Positiv hervorgehoben wurden die transparente Darstellung der Änderungen, die Vereinheitlichung und die Neuaufnahme von Umweltaspekten als Vorgabe an bestimmte Beteiligungen. Im Weiteren wurden spezifische Fragen und Themen zu den einzelnen Eigentümerstrategien besprochen, die im Kommissionsbericht abgebildet sind.

Schliesslich hat die Kommission eine Problematik im Bereich der Finanzaufsicht über die Beteiligungen festgestellt. Das kantonale Recht sieht vor, dass auch alle Beteiligungen der Finanzaufsicht durch die Finanzkontrolle unterstehen. Jetzt besteht aber offenbar teilweise die Auffassung, dieser kantonalen Bestimmung würde Bundeszivilrecht entgegenstehen – indem das Bundesrecht der Finanzkontrolle keine eigenen Prüfungshandlungen unmittelbar bei Beteiligungen in Form von Aktiengesellschaften zugestehen würde. Der Kommission ist klar, dass der jeweilige Verwaltungsrat in der Pflicht steht. Trotzdem ist es aus Sicht der Finanzkommission absolut zentral, dass allfällige Risiken für den Kanton durch sein oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht – eben die Finanzkontrolle – direkt abgeklärt und bewertet werden können. Entsprechend erwartet die Kommission vom Regierungsrat, dass er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Instrumenten darauf hinwirkt, dass die direkte Finanzaufsicht der Finanzkontrolle auch bei Beteiligungen in Form von Aktiengesellschaften umgesetzt wird.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 13:0 Stimmen Zustimmung zum unveränderten Landratsbeschluss.

– *Eintretensdebatte*

Zu diesem Geschäft ist der Kommissionsantrag ohne Gegenstimme erfolgt, sagt Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte). Es gibt gemäss § 64 Absatz 1^{bis} der Geschäftsordnung nur eine Eintretensdebatte, wenn Eintreten bestritten ist oder wenn sie vom Landrat mit Zweidrittelmehr beschlossen wird.

Rolf Blatter (FDP) geht es um ein eher kleines Thema, das in diesem Saal bereits mehrmals besprochen wurde. Damit man das Thema überhaupt diskutieren kann, muss der Redner eine Eintretensdebatte verlangen, wie er informiert wurde. Es geht um die Eigentümerstrategie des UKBB. Sie soll expressis verbis den Bau von Parkplätzen oder eines Parkhauses beinhalten. Das fordert der Landrat schon lange – und auch der Regierungsrat hat bereits etwa dreimal Ja gesagt; dazu wurden auch Vorstösse des Redners und von Urs Roth klar angenommen. Das Thema ist in der Eigentümerstrategie nicht drin. Damit nachher – bei der Beratung des Landratsbeschlusses – unter Punkt 2 ein konkreter Antrag gestellt werden kann, muss formell eine Eintretensdebatte gefordert werden. Es geht nur um diesen einen Punkt, der inhaltlich einigermassen apolitisch sein dürfte. Die Baselbieter brauchen Parkplätze bei diesem Kinderspital, das zur Hälfte dem Landkanton gehört und zur Hälfte vom Landkanton bezahlt wird. Der Redner hofft auf Unterstützung, damit das 2/3-Mehr erreicht wird.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) will nicht belehrend sein, macht aber zwei Anmerkungen: Nachdem sich weitere Redner gemeldet haben, sei auf § 64 des Dekrets zum Landratsgesetz verwiesen. Zu Anträgen auf Durchführung einer Eintretensdebatte wird keine Diskussion geführt. Es wird also direkt abgestimmt. Und: Der von Rolf Blatter angekündigte Änderungsantrag zu Ziffer 2 kann in der Detailberatung gestellt werden. Dafür braucht es keine Eintretensdebatte. Will Rolf Blatter dennoch eine Eintretensdebatte?

Rolf Blatter (FDP) verneint unter diesen Umständen.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss gemäss Kommission*

Titel und Ingress

Keine Wortmeldungen.

Ziffer 1

Keine Wortmeldungen.

Ziffer 2

Rolf Blatter (FDP) will, dass die Eigentümerstrategie des UKBB an den Regierungsrat zurückgewiesen wird; sie soll dahingehend angepasst werden, dass die Schaffung der lange schon geforderten Parkplätze als strategisches Ziel in die Eigentümerstrategie aufgenommen wird. Das Anliegen dürfte in allen politischen Lagern unbestritten sein. Es braucht mehr Parkplätze für dieses Kinderspital. Der Antrag, der hoffentlich unterstützt wird, lautet:

Die Eigentümerstrategie für das Universitäts-Kinderspital beider Basel wird an den Regierungsrat zurückgewiesen; die Strategie soll dahingehend angepasst werden, dass die Schaffung der seit langem geforderten Parkplätze als strategisches Ziel in die Eigentümerstrategie aufgenommen wird.

Pascale Meschberger (SP) sagt, die SP-Fraktion lehne den Antrag ab. Nicht, weil sie gegen mehr Parkplätze an diesem Ort ist – sondern ganz einfach, weil man dies nicht bestimmen kann. Das spielt in Basel-Stadt. Baselland hat darum gar nichts zu melden. Darum gehört dies nicht in eine Strategie des basellandschaftlichen Regierungsrats.

Marco Agostini (Grüne), sagt, die Fraktion Grüne/EVP lehne den Antrag ebenfalls ab. Das Anliegen ist am falschen Ort deponiert bzw. es bringt an diesem Ort nichts. Es geht hier um eine Anpassung der Strategie des Spitals – ob es das Anliegen umsetzt, ist eine andere Frage. Das ist nicht bindend. In diesen Strategien steht oft «wenn möglich» oder «so gut als möglich». Die Eigentümerstrategie ist extrem vage. Es heisst also nicht, dass das Anliegen umgesetzt werden muss. Der Redner wäre für mehr Parkplätze. Die Strategie ist aber nicht der richtige Ort. Einen Vorstoss würde der Redner mitunterschreiben.

Werner Hotz (EVP) ist als Mitglied der bikantonalen Geschäftsprüfungskommission dezidiert dafür, dass der Passus in die Eigentümerstrategie aufgenommen wird. Wenn dort steht, dass die Mitarbeitenden für Reisen die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen haben, dann darf auch darin stehen, dass die Baselbieterinnen und Baselbieter bzw. alle Leute aus der Nordwestschweiz, die als Eltern von verunfallten oder schwer erkrankten Kindern notfallmässig anreisen, Anspruch auf Parkplätze vor Ort haben. Der Antrag stärkt dem Regierungsrat den Rücken im Bestreben, dass die Parkplätze zur Verfügung gestellt werden. Es ist nicht der falsche Ort, dies unter Ziffer 3.7 zu verankern. Es ist der Ausdruck einer politischen Haltung, wenn man dies fordert – und der Landrat vertritt die Baselbieterinnen und Baselbieter in dieser Strategie.

Manuel Ballmer (GLP) sagt, die GLP-Fraktion sei einstimmig für den Antrag. Ja, die Grünliberalen unterstützen Parkplätze. Das zeigt, dass sie nicht ideologisch, sondern sachlich unterwegs sind. Man sieht die Dinge etwas anders als Pascale Meschberger und Marco Agostini. Der Ort stimmt – weil die Eigentümerstrategie der einzige Ort ist, wo man solche Anträge machen kann. Es ist auch gerechtfertigt, als Baselbieter dort Forderungen zu stellen – weil es ein Unterschied ist, ob man aus dem Baselbiet anreist oder aus dem Kanton Basel-Stadt.

Sven Inäbnit (FDP) sagt an die Adresse von Pascale Meschberger: Selbstverständlich ist es der richtige Ort, um eine solche Forderung zu platzieren. Eine Eigentümerstrategie ist kein Befehl an die Institution. Es ist ein Auftrag, den die Vertreter von Baselland im Verwaltungsrat portieren sollen – um die Interessen des Kantons zu wahren. Natürlich kann man nicht befehlen, dass unter der Tschudi-Matte in Basel ein Parking gebaut wird. Das muss Basel-Stadt selber entscheiden; der Stadtkanton hat dort die Hoheit. Letztlich geht es um eine klare Botschaft. Der Landrat hat das Thema schon vor zehn Jahren diskutiert, als der Redner ins Parlament kam. Rolf Blatter hat es gesagt: Passiert ist aber nichts. Es ist nicht mehr als billig, dies nun in der Eigentümerstrategie zu adressieren – und den eigenen Vertretern im UKBB-Verwaltungsrat klar zu signalisieren: Als Mit-eigentümer des Spitals gibt es den klaren Auftrag, sich für das Anliegen einzusetzen; damit die Basler Seite vorwärts macht. Darum muss der Antrag unbedingt angenommen werden.

Marco Agostini (Grüne) berichtigt seine vorherige Aussage: Nicht die ganze Fraktion Grüne/EVP ist gegen den Antrag. Es gibt aber noch zwei andere Punkte zu erwähnen: Das Thema hätte in die Finanzkommission gehört. Es ist erstaunlich, dass dies dort nicht diskutiert wurde. Die FDP-Fraktion hat dort ihre Vertreter – ebenso die SVP, wenn sie denn dafür ist. Das ist schade. Entweder gab es keinen Austausch – oder es gab andere Gründe, warum dort nichts passiert ist. Man hätte das Anliegen so offen diskutieren können. Die Sache hier zu diskutieren, ist nicht richtig. Man darf zudem überzeugt sein, dass das Thema in der Gesamtstrategie der Spitäler zur Sprache kommen wird (wenn es nicht schon traktandiert ist, dass es mehr Parkplätze geben soll); damit

wird der Landrat ja noch genug zu tun haben. Man greift also kaum etwas Neues auf – der Redner ist überzeugt, dass dies bereits in der Überprüfung drin ist (vielleicht sagt Thomi Jourdan dies noch).

Marc Schinzel (FDP) sagt, das Votum von Marco Agostini habe ihn «getriggert». Man konnte von Sven Inäbnit hören, dass man seit zehn Jahren an dieser Frage laboriert. Jetzt kommt die Aussage, man hätte die Frage vielleicht in der Kommission beraten müssen. Nein, man hat es zehn Jahre lange gehört. Nun soll das Anliegen in die Eigentümerstrategie aufgenommen werden. Das ist völlig legitim. Man redet seit zehn Jahren über dieses Thema – es ist also bekannt. Darum kann man die Strategie zurückweisen, damit das berechtigte Anliegen aufgenommen werden kann.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) sagt zum Votum von Marco Agostini, dass nicht alles in der angekündigten Spitalstrategie geprüft werde. Man setzt dabei auch Grenzen. Die Parkplatzfrage muss man nicht in diesem Kontext klären.

Die Eigentümerstrategie ist bikantonal ausgerichtet. Am Schluss ist dort zu lesen: «Die Regierungen der Trägerkantone legen durch gleichlautende Beschlüsse die angepasste gemeinsame Eigentümerstrategie fest und veröffentlichen diese nach Massgabe der jeweils geltenden kantonalen rechtlichen Grundlagen.» Man muss sich somit bewusst sein, dass eine Annahme des Antrags ein Auftrag für den basellandschaftlichen Regierungsrat wäre, das Anliegen in die Diskussion der Eigentümerstrategie einzubringen. Diese ist aber bikantonal. Der Regierungsrat würde dem Landrat berichten können, ob es gelungen ist, das Thema aufzunehmen – oder er würde rechtfertigen müssen, warum es nicht gelungen ist. Man würde den Auftrag aber selbstverständlich stehen lassen, wie er als Antrag formuliert ist.

Rolf Blatter (FDP) entschuldigt sich, dass er nach dem Regierungsrat nochmals spricht – er hat sich eine Sekunde zu spät angemeldet. Es soll aber auf zwei Dinge repliziert werden: Aus dem Argument von Marco Agostino ist eben doch eine gewisse Ideologie herauszuhören. Einerseits heisst es pragmatisch, man sei für die Parkplätze, die es brauche. Gleichzeitig ist aber auch der Ansatz der grünen Ideologie zu vernehmen, man wolle keine Autos und baue darum keine Parkplätze: Ohne Parkplätze keine Autos – und keine Umweltprobleme. Das ist bei diesem Thema falsch. Zweitens – an Pascale Meschberger: Natürlich sind die Parkplätze ein Thema von Basel-Stadt – wenn es um deren Bau geht. Der Landrat agiert aber eine Stufe höher – im strategischen Bereich – und legt Ziele fest. Es ist ein strategisches Ziel, um das man sich seit vielen Jahren bemüht. Es ist über alle politischen Couleurs unbestritten, dass das Anliegen mehr als berechtigt ist. Darum wäre es erfreulich, wenn es in der Abstimmung eine Mehrheit findet. Thomi Jourdan wird sich dann sicher mit aller Kraft im entsprechenden Gremium dafür einsetzen.

Fredy Dinkel (Grüne) repliziert an Rolf Blatter, die Fraktion habe das Thema besprochen. Es geht definitiv nicht um grüne Ideologie. Man ist sich einig, dass es diese Parkplätze braucht. Das ist keine Diskussion. Es ist klar, dass man einen Kranken nicht mit dem Cargo-Bike transportieren kann. Da sind sogar die Grünen der gleichen Meinung. Es gibt aber eine Strategie und eine operative Ebene (da dürfte man sich relativ einig sein). Das Thema gehört eigentlich nicht auf die strategische Ebene. Weil das Spital nicht primär ein Parkhaus, sondern eben ein Spital ist. In den Leitlinien steht, was es machen soll. In einer Strategie soll nicht vorgegeben werden, wie viele Lifte oder Betten das Spital haben muss. Andererseits hat der Redner Verständnis, wenn gesagt wird, es passiere seit zehn Jahren nichts. Dass man den Druck erhöht, ist nachvollziehbar. Soweit der Redner weiss, ist das Thema jedoch in Arbeit. Vielleicht kann Thomi Jourdan sich äussern, wo man steht. Ist man kurz vor der Umsetzung oder geht es nochmals zehn Jahre? Je nach Antwort wird der Redner abstimmen.

Dieter Epple (SVP) erklärt, man könne für oder gegen das Anliegen sein. Man muss die Dinge aber offen betrachten können. Die Leute, welche die Eigentümerstrategie vertreten müssen, sollten klar wissen, was der Landrat gerne sehen würde. Veloparkplätze sind gut und recht. Wenn man aber dringend dorthin muss, sollte es auch die nötigen Parkplätze haben – vor allem wenn es um Kinderspitäler geht. Man kann sich nicht wie die Stadt Basel gegen alles wehren, was mit Parkplätzen zu tun hat. Das Thema soll in die Eigentümerstrategie aufgenommen werden. Dann wissen die Verwaltungsräte, dass sie diesem Wunsch nachleben sollen.

Markus Graf (SVP) sagt, man habe an der letzten Landratssitzung den Fluglärmbericht des EuroAirports behandelt. In der Eigentümerstrategie ist dort klar definiert, dass der Lärmbelastung gebührend Rechnung zu tragen ist. Auch das Nachtflugverbot ist definiert. Es wird auch eine Reduktion des CO₂-Ausstosses gefordert. Der Landrat ist gewählt, um die Interessen der Baselbieter Bevölkerung zu vertreten. Die Leute aus dem Oberbaselbiet, die mit einem kranken Kind nach Basel fahren, haben das Anrecht, dort in der Nähe parkieren zu können. Das muss also strategisch festgehalten werden. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag darum vollumfänglich folgen.

Werner Hotz (EVP) hat die Ziffer 3.7 sehr aufmerksam gelesen. Wenn dort über Dienstreisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gesprochen wird, hat das Thema Parkplätze für Patientinnen und Patienten durchaus Platz. Es ist nicht falsch eingeordnet, wenn man dies dort zu platzieren versucht.

Im Unterschied zur Eigentümerstrategie beim EuroAirport, so sagt **Urs Kaufmann** (SP), sei hier der falsche Adressat angesprochen: Der Verwaltungsrat des UKBB kann ja nicht selber ein Parkhaus bauen. Es ist der Standortkanton, der diese Flächen zur Verfügung stellen und etwas unternehmen muss. Insofern nützt es nicht sehr viel, wenn man das Thema in die Eigentümerstrategie und den Auftrag des Verwaltungsrats schreibt. Das sind verschiedene Dinge. Man darf sich nicht sehr viel erhoffen.

Markus Graf (SVP) fragt den Vorredner, wie es beim EuroAirport aussehe, der auf französischem Boden liegt, wo französisches Recht gilt.

Regierungsrat **Thomi Jourdan** (EVP) betont, dass der Auftrag in jedem Fall verstanden wurde. Es wird am Abend ein Essen mit dem UKBB geben und die Gespräche werden sofort zum Thema Parkierung kommen. Der Redner kann dem Argument von Werner Hotz durchaus etwas abgewinnen. Die unter Ziffer 3.7 erwähnte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel kommt wohl sehr pointiert aus Basel-Stadt. Es ist dort die grundsätzliche Haltung und hat deshalb wohl Eingang in die Strategie gefunden. Ob der Adressat richtig ist oder nicht – der Redner hat verstanden, was das unbestrittene Anliegen ist. Wenn es allen dient und dem Regierungsrat nochmals verständlich gemacht werden soll, was der Landrat möchte – eine adäquate Parkierungssituation –, wird dieser Auftrag gerne über alle Kanäle (Besprechungen mit Verwaltungsrat oder CEO etc.) vertreten und das Anliegen platziert. Damit fällt niemandem ein Zacken aus der Krone. Wenn es am Schluss sogar noch in die Strategie eingebracht werden kann, ist dies gut. Wenn man vorher schon eine Lösung findet, spielt dies keine Rolle. Die Kuh soll aber nach so vielen Jahren endlich vom Eis. Es besteht auch die Hoffnung, dass dies zeitnah gelingen kann. Es liegt aber nicht in den eigenen Händen.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) verweist auf das Gesetz über die Beteiligungen (SGS 314, PCGG) – dort steht in § 10, dass der Landrat für die Kenntnisnahme der Eigentümerstrategien zuständig ist, «sofern sie nicht durch eine 2/3-Mehrheit mit konkreten Anträgen an den Regierungsrat zurückgewiesen werden». Es braucht also für den konkret formulierten Antrag eine 2/3-Mehrheit.

::/: Der Antrag wird mit 59:18 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Das 2/3-Mehr liegt bei 56 Stimmen und ist somit erreicht.

Ziffern 3 bis 7

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

::/: Mit 82:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

***Landratsbeschluss
betreffend Überprüfung der Eigentümerstrategien für 7 Beteiligungen des Kantons Basel-Landschaft***

vom 8. Februar 2024

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Die Eigentümerstrategie für die Schweizerischen Rheinhäfen (gemäss Beilage B1) wird zur Kenntnis genommen.*
 - 2. Die Eigentümerstrategie für das Universitäts-Kinderspital beider Basel wird an den Regierungsrat zurückgewiesen; die Strategie soll dahingehend angepasst werden, dass die Schaffung der seit langem geforderten Parkplätze als strategisches Ziel in die Eigentümerstrategie aufgenommen wird.*
 - 3. Die Eigentümerstrategie für die ARA Rhein AG (gemäss Beilage B3) wird zur Kenntnis genommen.*
 - 4. Die Eigentümerstrategie für die Hardwasser AG (gemäss Beilage B4) wird zur Kenntnis genommen.*
 - 5. Die Eigentümerstrategie für die Kraftwerk Augst AG (gemäss Beilage B5) wird zur Kenntnis genommen.*
 - 6. Die Eigentümerstrategie für die ProRheno AG (gemäss Beilage B6) wird zur Kenntnis genommen.*
 - 7. Die Eigentümerstrategie für die Wasserversorgung Waldenburgertal AG (gemäss Beilage B7) wird zur Kenntnis genommen.*
-